

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die Angelegenheit in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung im Mai 2007 erörtert wurde. Seitens der Vorsitzenden der Fraktionen vom CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP habe man sich gegen eine Verringerung der Sitze des Rates ausgesprochen. Darauf habe der Vertreter der SPD-Fraktion deutlich gemacht, dass in dieser Angelegenheit kein Antrag gestellt werden solle.

Herr Knülle stellte klar, dass durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Frank, in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung lediglich mitgeteilt worden sei, unter dem Eindruck der Auffassung der übrigen Fraktionsvorsitzenden dieses Thema nochmals in der SPD-Fraktion zu beraten sei. Anschließend stellte er die im Antrag abgedruckten, für eine Verringerung der Ratsmandate sprechenden Gründe, dar.

Frau Jung bestätigte die zuvor gemachten Angaben des Bürgermeisters zu den Aussagen in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung. Zum Antrag selbst merkte sie im Namen der FDP-Fraktion an, dass es ein schlechtes Zeichen sei, an der Demokratie sparen zu wollen und die Mitwirkungsrechte des Rates zu beschränken.

Herr Metz machte darauf aufmerksam, dass 50 Ratsmitglieder für die Größenordnung der Stadt Sankt Augustin gemäß den Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes der Normalfall seien. Diese vorgesehene Anzahl garantiere die dem Rat obliegende Aufgabe der Kontrolle der Verwaltung sowie die angemessene Vertretung der Bürger. Die Einsparmöglichkeiten einer Reduzierung stünden hierzu in keinem Verhältnis. Daher könne dem Antrag seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zugestimmt werden.

Herr Knülle merkte hierzu an, dass die Stadt Den Haag mit über 500.000 Bürgern nur über 44 Ratsmitglieder verfüge. Er könne die Notwendigkeit, die Ratsarbeit mit der vollen Anzahl der Vertreter leisten zu müssen, nicht erkennen. Aufgrund der derzeitigen Zuschneidung der Wahlkreise sei die Anzahl der von den einzelnen Ratsmitgliedern zu betreuenden Bürger unterschiedlich; durch eine Anpassung der Wahlkreise könnte dies gleichgezogen werden.

Herr Köhler hielt die Verhältnisse einer niederländischen Stadt mit denen einer deutschen Stadt für nicht vergleichbar. Auch die von der Landesregierung beabsichtigte Erhöhung der Aufwandsentschädigung lasse eine Wertschätzung der Arbeit von Ratsmitgliedern erkennen.

Anschließend lies der Bürgermeister über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.